

Referat von Herrn Lex Grandia, Präsident der World Federation of the Deafblind (Weltweite Vereinigung für Taubblinde)

Bundesweites Taubblindentreffen 1.-3. Mai 2009

Liebe Freunde, Ich danke Ihnen für die Einladung, hierher zu kommen und zu Ihnen zu sprechen. Wir leben in einer sehr spannenden Zeit und ich versuche Ihnen zu erklären, warum.

In jedem Land gibt es eine Regierung, die Gesetze verabschiedet. In Europa haben die meisten Länder Parlamente, die Gesetze vorschlagen oder von der Regierung vorgeschlagene Gesetze bewilligen. Mit diesen Gesetzen ergreift die Regierung Maßnahmen um die Situation der Bevölkerung entsprechend politischer Programme zu unterstützen.

Menschen, die in diesen Ländern leben, wissen von ihren Rechten und ihren Pflichten. Die Ortsbehörden wissen ebenfalls, wie sie handeln sollen. Es ist aber immer eine Frage, wie man Gesetze interpretiert und wie sie in die Tat umgesetzt werden. Es gibt aber oft Rechtssysteme an der Stelle, um Konfliktsituationen zu lösen.

In der Europäischen Union werden ebenfalls Gesetze verabschiedet. Die meisten davon von der Europäischen Kommission. Das Europäische Parlament kann sie befürworten oder andere Vorschläge einbringen, aber am Ende trifft der Ministerrat die endgültige Entscheidung. Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union müssen diesen Entscheidungen folgen, indem sie ihr nationales Recht dementsprechend ändern. Sie sind rechtskräftig.

Eine Erklärung des Europäischen Parlaments ist nicht rechtsverbindlich. Die Aktion der EDBN im Jahr 2004 war gut, um den Bekanntheitsgrad zu erhöhen, aber sie hatte keinen politischen Einfluss.

Die Vereinten Nationen machen ebenfalls Gesetze, internationale Gesetze, die für alle Regierungen bindend sind, die sie bestätigen.

Es begann mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte 1948 und verschiedene andere folgten danach. Mit diesen internationalen Gesetzen verspricht der Staat zum Beispiel, die Rechte von Frauen, Kindern und Flüchtlingen in seinem Land zu schützen.

Es gibt an dieser Stelle ein System, um die Anwendung dieser internationalen Gesetze zu beaufsichtigen.

Im Internationalen Jahr der Menschen mit Behinderung 1981 und 1993 hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen UN Grundsatzungen zur Gleichstellung und zur Gleichberechtigung für Menschen mit Behinderung übernommen. Das waren grundlegende Satzungen, eine Art Richtlinie, aber es war nicht genug. Die Richtlinien waren nicht rechtsverbindlich. Immer noch gelten Menschen mit Behinderung als die, die

verzichten müssen auf etwas, das andere haben - Menschen, für die der Staat sorgen muss und es ist besser, diese Menschen zu beschützen. Es ist einfacher, wenn andere die Entscheidungen treffen. Taubblinden Menschen fehlt die wichtige Fähigkeit zu sehen und zu hören, so dass sie sich nicht auf diese Weise betätigen können, wie es andere tun.

Die Einstellung muss sich verändern. Menschen mit Behinderung haben Leistungsfähigkeit und sie sollten das Recht haben, sie zu entwickeln und auszuüben.

2001 beschloss die UN General Versammlung an einem neuen Gutachten zu arbeiten, das die Rechte von Menschen mit Behinderung deutlicher erklärt und rechtskräftig sein sollte. Während der folgenden 5 Jahre, bis Ende 2006, verhandelten 192 Regierungen, die Mitgliedsstaaten der UN, über den Text eines solchen neuen Rechtsdokumentes. Internationale und nationale Organisationen von Menschen mit Behinderung wurden mehr und mehr einbezogen. Ich bin sehr froh, die World Federation of the Deafblind (die weltweite Vereinigung für Taubblinde) in diesem sehr intensiven Prozess zu vertreten.

Das letzte Ergebnis heißt: „das Abkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderung“. Dieses Rechtsdokument ist rechtsverbindlich für die Staaten, die es bestätigen, und Deutschland hat es anfang dieses Jahres bestätigt. Fünfzig andere Länder haben dem bis jetzt zugestimmt und es hat die Kraft eines internationalen Gesetzes. Das bedeutet, dass Deutschland seine nationalen Gesetze übereinstimmend zu diesem Abkommen ändert.

Auch hier gibt es an dieser Stelle ein System, um die Ausführung des Abkommens zu überwachen.

Was bedeutet das für Menschen mit Taubblindheit in Deutschland. Es bedeutet, dass wir, Menschen mit Taubblindheit das Recht haben, voll teilzunehmen in allen Bereichen der Gesellschaft und mit allen Aspekten des Familienlebens, gleich allen anderen Menschen, mit den Fähigkeiten, die WIR haben. Von nun an, um es klar zu machen, spreche ich von uns Menschen mit Taubblindheit als WIR.

Die grundlegende große Veränderung ist, dass wir vor dem Gesetz gleichberechtigt sind. Wir haben die gleichen Rechte und Pflichten wie alle anderen Menschen. Wir haben die Geschäftsfähigkeit, wir haben das Recht, Dokumente zu unterschreiben, Geldgeschäfte zu tätigen, Vermögen zu besitzen und alle anderen Rechtsaktivitäten zu machen, wie heiraten. Wenn wir Unterstützung brauchen, um diese Rechtsfähigkeit auszuüben, haben wir das Recht alle Unterstützung zu bekommen, die wir dazu brauchen. Wir haben das Recht auf Bildung, um volle Mitglieder der Gesellschaft zu werden. Braille ist als Schrift und als Kommunikationsmittel anerkannt, taktile Kommunikation ist als Kommunikationsmittel anerkannt, und Gebärdensprache ist als volle Sprache anerkannt, und wir haben das Recht, in diesen Kommunikationssystemen ausgebildet zu werden. Taubblindheit ist sogar im Artikel über Bildung erwähnt. Niemand kann sagen, dass Taubblindheit nicht existiert. Andere Rechte, die wir haben, ist das Recht, ein sinnvolles Leben zu führen, ein

Familienleben zu haben, eine Arbeit zu haben, Zugang zu Gesundheit und Rehabilitation zu haben, Zugang zu Information und zu Hilfsmitteln zu haben. Wir haben auch das Recht, unsere eigenen Organisationen zu bilden, und der Staat verspricht uns, uns in allem heranzuziehen, was uns betrifft.

Wir haben auch das Recht auf persönliche Assistenz, zu Hause zu leben und in einer Gemeinschaft. Ich kann hier nicht alle Rechte aufzählen, aber die große Frage ist: wie wird es funktionieren? Hier haben wir eine große Verantwortung für uns selbst. Wir können nicht erwarten, dass die Behörden, lokal oder national, alles über unsere Bedürfnisse, um an der Gesellschaft teilzuhaben, wissen. Wir müssen unsere Bedürfnisse formulieren um an der Gesellschaft teilzuhaben, und wir müssen das immer wieder erklären, weil Behörden und Regierungen sich ändern. Wir sind die Experten, die wissen, was das Beste für uns ist. Wir müssen zur Stelle sein, wenn die Gesetze geändert werden und wir müssen dran bleiben um zu sehen, ob die Gesetze auf die Weise, wie wir es brauchen, umgesetzt werden. Wenn wir warten und zuschauen, wird unsere kleine Gruppe mit den vielen verschiedenen Bedürfnissen vergessen werden.

Das ist die Situation in allen Ländern, auch in Dänemark. Darum leben wir in einer so spannenden Zeit.

Dänemark hat schwer gearbeitet, um ein besseres System für unsere Bürger mit Taubblindheit zu schaffen, aber es ist immer noch nicht gut genug. Dänemark hat dem Abkommen noch nicht zugestimmt, aber es wird bald dazu kommen. Wir können Dolmetscher für Arbeitssituationen und für Bildungsmaßnahmen bekommen. Es gibt ein Programm, das heißt: Soziales Dolmetschen, wobei wir Dolmetscher bekommen, um unsere Familie und Freunde zu besuchen, zu Treffen zu gehen, zu medizinischen Untersuchungen zu gehen, oder bei Gesprächen mit Rechtsanwälten. Aber es gibt nicht genügend Dolmetscher und das Budget ist nicht ausreichend. Wir werden immer aktiver in der Gesellschaft, aber das bringt mit sich, dass wir mehr Ansprüche haben. Wir kämpfen noch für unsere Angelegenheiten, obwohl wir im Vergleich zum Rest der Welt, privilegierter sind.

Es gibt gute Regelungen in Dänemark, auch für persönliche Assistenz, und ich kann Ihnen mehr erklären, wenn Sie mich fragen. Aber für uns hier in Deutschland ist es wichtig, dass wir gemeinsam unsere Bedürfnisse formulieren und sie an die örtlichen und nationalen Behörden herantragen, und, dass wir weitermachen trotz unserer Behinderung am Leben der Gesellschaft teilzuhaben, wie jeder andere auch.

Wir müssen immer noch kämpfen um die Einstellung in unserer Gesellschaft zu verändern.

In der Tat, mit diesem Abkommen beginnt die Arbeit für uns wirklich. Wir haben ein wichtiges Hilfsmittel in unserer Hand, das wir überall einsetzen müssen.

Das Wichtigste ist der internationale Wahlspruch: Nichts über uns ohne uns!

Vielen Dank, Lex Grandia